

UMSCHAU

Der Sozialen Marktwirtschaft zum Gedächtnis?

Die Soziale Marktwirtschaft, unter deren Parole das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder von der Währungsanierung bis zur Rezession von 1966 sich vollzog, liegt in gewissem Sinn als abgeschlossene Periode hinter uns. Ist es darum schon an der Zeit, einen *Nachruf* auf sie zu schreiben? Der Gedanke drängt sich auf, aber die Erfahrung *Schmalenbachs* mit seinem Büchlein „Der freien Wirtschaft zum Gedächtnis“ mahnt zur Vorsicht; trotz der von Schmalenbach an ihr beobachteten Wandlungen und Alterserscheinungen ist die freie unternehmerische Wirtschaft auch heute noch nicht tot. So dürfte es sich empfehlen, hier im Fall der Sozialen Marktwirtschaft vorsichtiger zu verfahren und, ohne förmlich einen Totenschein auszustellen, es bei einem besinnlichen Rückblick bewenden zu lassen, der nach einer Antwort auf die Frage sucht, was denn diese Parole „Soziale Marktwirtschaft“ eigentlich besagte oder meinte.

Ihr Urheber, Professor Alfred *Müller-Armack*, ist bekannt; ebenso kennt man die Interpretation, die er selbst dieser seiner Parole gegeben hat, insbesondere seinen Beitrag im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, den er selbst als authentische Interpretation bezeichnet hat, an die man sich halten sollte; man kennt auch die von ihm später vorgenommene Ergänzung durch das „Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik“ (2. Phase der Sozialen Marktwirtschaft). Obwohl also die Entwicklung der Vorstellungen Müller-Armacks dokumentarisch belegt ist, lassen sich ganz scharfe Konturen nicht ziehen; man sollte das auch nicht versuchen, denn es handelt sich weniger um ein wirtschaftswissenschaftliches Theorem als um ein wirtschaftspolitisches Programm, das als solches elastisch sein muß, um seinen Schwerpunkt bald mehr nach dieser, bald mehr nach jener Seite verlagern zu können, je nachdem wie die wirt-

schaftliche Lage, aber auch innen- und außenpolitische Konstellationen es verlangen. Andererseits läßt sich nicht verkennen, daß die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft als „ordnungspolitische Entscheidung“ proklamiert wurde und für die angeblich verwirklichte Soziale Marktwirtschaft immer wieder der Rang eines ordnungspolitischen Modells, also doch wohl einer theoretisch geschlossenen Konzeption in Anspruch genommen worden ist.

Um zu ergründen, was die Soziale Marktwirtschaft sein wollte und was sie wirklich war, kann man einmal das Schrifttum befragen, zum andernmal der tatsächlichen Entwicklung nachgehen. Was *Blum*¹ über die letztere, insbesondere über die Einflußnahmen der Besatzungsmächte und über die manchmal ausdrücklich betonte, häufiger stillschweigend geübte Rücksichtnahme auf deren Vorstellungen, Wünsche und Interessen zusammengetragen hat, ist selbst für den lesenswert, der die Dinge in nächster Nähe miterlebt hat und mehr oder weniger an ihnen beteiligt gewesen ist. Selbstverständlich kann auch Blum die letzten Endes im Hintergrund oder in der Tiefe wirkenden und entscheidenden Kräfte, die letzten und geheimsten Beweggründe der Besatzungsmächte und der mit ihnen ringenden deutschen Politiker nicht mit voller Sicherheit erschließen; darüber sind immer nur mehr oder minder fundierte Mutmaßungen möglich und Blums manchmal spöttische, manchmal ingrimmige Diktion verrät, daß seine Deutung von Sympathie und Antipathie nicht immer frei ist. Aber auch wenn man versucht sein sollte, darüber ärgerlich zu werden, so kann es doch auch dazu anregen, die Beleuchtung, in der man selbst die Dinge

¹ Reinhard Blum, Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus (Tübingen: Mohr 1969) X, 318 S.

sieht, einmal kritisch zu überprüfen, wobei man vielleicht entdeckt, daß auch die eigene Sicht nicht immer ganz so objektiv ist, wie man sich selbst glauben machen möchte. Erst recht für denjenigen, der die Dinge schon nicht mehr miterlebt hat, lohnt es sich, die geschichtlichen Abschnitte des Buches zu lesen, namentlich die Darstellung der Politik der Besatzungsmächte und der Auseinandersetzung mit ihr (144–239).

Aber Blum will ja vor allem die Ideen- oder Problemgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft darstellen, m. a. W. das, was ich einmal – sehr zu *Müller-Armacks* Verdruß – etwas respektlos die „theoretische Begleitmusik“ genannt habe. Gegen die Blumsche Darstellung habe ich ernste Bedenken und Einwendungen; bereits der Ansatz erscheint mir anfechtbar. Blum sucht nach einer Erklärung dafür, wie bei der in der deutschen Bevölkerung weit verbreiteten Neigung zum „Sozialismus als künftiger Ordnung“ eine im Grund liberale Wirtschaftsordnung sich durchsetzen konnte. Gewiß war in weiten Kreisen der Glaube an den „Kapitalismus“, dessen nationalsozialistische Variante man in äußerst unguter Erinnerung hatte, zusammengebrochen; auch stellte man sich vor, der Wiederaufbau oder Neuaufbau der Wirtschaft werde unter starker staatlicher Beteiligung vor sich gehen müssen (die sich ja bei der Schaffung ausreichenden Wohnungsraums in der Tat als unentbehrlich erwiesen hat). Weitgehend bestand auch Übereinstimmung, die großen Unternehmen, deren Leiter durch ihr Zusammenspiel mit dem Nationalsozialismus kompromittiert und von den Besatzungsmächten hinter Schloß und Riegel gebracht worden waren, müßten wohl in Gemeineigentum überführt werden, sei es in Eigentum der Arbeitnehmer, die diese Werke aus Schutt und Asche wieder aufgebaut hatten, sei es in das Eigentum der öffentlichen Hand. So besaß zwar der Gedanke, die kriegswirtschaftlich bedeutsamen Großunternehmen zu sozialisieren, breite Anhängerschaft – aber trotz des Gleichklangs der Worte sind Sozialisierung der Großunternehmen und „Sozialismus als künftige Ordnung“ doch zwei sehr ver-

schiedene Dinge. Vor allem den deutschen Hausfrauen ging es weder um Sozialismus noch um Sozialisierung der Großunternehmen, sondern darum, nicht mehr Schlange stehen zu müssen, um auf Lebensmittelkarten, Kleiderkarten usw. kümmerliche Zuteilungen zu erhalten. Für die geplagten Hausfrauen war jeder Schritt in der Richtung auf Marktwirtschaft, jeder Fortschritt der Marktwirtschaft eine Erlösung. Ein geschickt aufgemachter Brief des Bundeswirtschaftsministers an die Hausfrauen, worin er sich ihnen als die „Hausfrau der Bundesrepublik“ vorstellte und sie seines Verständnisses für ihre Nöte versicherte, war die wirksamste Wahlwerbung, die sich damals denken ließ; welche Hausfrau konnte schon der Partei ihre Stimme versagen, die eine so hausfrauenfreundliche Politik versprach? Je deutlicher das Versagen der Zwangswirtschaft geworden und zuletzt zu ihrem völligen Zusammenbruch geführt hatte, um so mehr wandte die allgemeine Stimmung sich von ihr ab und marktwirtschaftlichen Vorstellungen zu; nur die Sachverständigen und Träger politischer Verantwortung rangen noch mit der Frage, ob oder inwieweit die Bewirtschaftung lebensnotwendiger Dinge sich entbehren lasse (die Bewirtschaftung des Wohnraums erwies sich noch lange als unentbehrlich). Nicht um „Sozialismus als künftige Ordnung“ ging das Ringen, sondern um das Maß der bereits entbehrlichen und der noch aufrechtzuerhaltenden Bewirtschaftungsmaßnahmen. So muß man nach meiner Erinnerung die Ausgangslage sehen.

Blum sieht vier Strömungen oder Richtungen miteinander um die Seele des deutschen Volkes ringen: liberaler oder christlicher Sozialismus, Ordoliberalismus, schlichter Neoliberalismus und die „Soziale Marktwirtschaft“.

Was er an Belegen für liberalen Sozialismus anführt, nennt man heute „aufgeklärte Marktwirtschaft“. Für christlichen Sozialismus kann er O. H. von der Gablentz und J. Tiburtius anführen. Auf katholischer Seite hat man damals ähnlich wie schon einmal nach dem ersten Weltkrieg überlegt, ob man

die christliche (katholische) Soziallehre nicht in „christlichen Sozialismus“ umbenennen solle; eine solche Umbenennung hätte aber nur irreführen können, und so wurde der Gedanke sehr bald fallengelassen. Auch was Blum im Zusammenhang mit der Wiederbegründung einer den Namen „Zentrum“ führenden politischen Partei über „christlichen Sozialismus“ berichtet, trifft nicht zu. Einem weit verbreiteten, anscheinend unausrottbaren Irrtum erliegend, hängt Blum der katholischen Soziallehre den Ständestaat an (256), glaubt, hinter der „berufsständischen Ordnung“ verberge sich eine „Alternative zur Marktautomatik“ (115, Anm. 133), und weiß sogar zu berichten von angeblichen, „der katholischen Soziallehre entgegenkommenden Bestrebungen, die Wirtschaft als ‚vierte Gewalt‘ zu etablieren“ (271, Anm. 67). Was Blum sich unter „christlichem Sozialismus“ vorstellt, entbehrt jeder realen Grundlage; kein Wunder, daß er keine Belege dafür beibringen kann. Es gab damals und gibt heute einen „religiösen Sozialismus“, treffender „Sozialismus aus religiöser Verantwortung“ genannt; die Mehrzahl dieser religiösen Sozialisten steht auf dem Boden eines Sozialismus vom Typus des heutigen, marktwirtschaftlichen Prinzipien in hohem Grad aufgeschlossenen freiheitlich-demokratischen Sozialismus. Kurz und gut: die sozialistische Strömung der Nachkriegszeit dachte nicht kollektivistisch und war freiheitlichem und marktwirtschaftlichem Denken keineswegs verschlossen. An der Gestaltung der unter der Parole der Sozialen Marktwirtschaft ins Werk gesetzten Wirtschaftspolitik haben Repräsentanten dieses Sozialismus von Anfang an mitgewirkt.

Aber auch Blums Versuch, Ordoliberalismus und (schlichten) Neoliberalismus als Theoreme oder „Ismen“ einander wie auch der Sozialen Marktwirtschaft gegenüberzustellen, stößt bei mir auf Bedenken. Schon die Abgrenzung des Personenkreises, wer qualifizierter Ordoliberaler und wer schlichter Neoliberaler ist, und wiederum, wo die Grenze gegenüber dem Paläoliberalismus liegt, läßt sich ohne Willkür nicht fixieren. Die Ordoliberalen, die mir im Leben begegnet sind, wa-

ren viel zu ausgeprägte Persönlichkeiten, als daß man sie auf eine Einheits- oder Modelldoktrin hätte festlegen können. Jenes scharf umrissene ordolibérale Ordnungsbild von Gesellschaft und Wirtschaft, das Blum sucht und von dem er meint, man brauche es nur genau anzuschauen, um es einwandfrei nachzeichnen zu können, gibt es nicht; auch unter den Ordoliberalen gab es Meinungsverschiedenheiten. Manche Widersprüche im System, die Blum wahrzunehmen glaubt, dürften zum Teil darin, zum andern Teil auch in einem Meinungswandel der einzelnen Autoren selbst ihre Erklärung finden. Der Versuch, einen modelltheoretischen Ordoliberalismus zu konstruieren und so verschiedene Männer wie die „Freiburger“, *Alexander Rüstow* und *Wilhelm Röpke* daran zu messen, konnte nur zu dem grotesken Ergebnis führen, im Ordoliberalismus eine *complexio oppositorum* zu sehen: dem Sozial- und Wirtschaftsprozeß gegenüber strenge Beschränkung des Staates auf Setzung des Datenkranzes, dafür aber fast unbegrenzte Vollmacht für den Staat, diesen Datenkranz nicht weniger radikal umzukrempeln, als der Marxismus in seinem Machtbereich es tut. Kein einziger dieser Autoren hält solch dogmatische Strenge durch, am allerwenigsten *Walter Eucken*, der im Jahr vor seinem Tod für den Vorschlag, die damals noch bestehende Bewirtschaftung hochwertiger Lebensmittel aufzuheben, nur die Bemerkung übrig hatte: „Ja, wenn sie zwanzig Millionen Menschen vor die Hunde gehen lassen wollen.“ *Eucken* konnte, wenn es not tat, über seinen Schatten springen; seinen Schülern gelang es nicht immer, über den Schatten des Meisters zu springen.

Anstatt die Gedanken der Männer, die man dem Ordoliberalismus zurechnet, in einen „Ismus“ zu pressen, sollte man lieber fragen, worum es ihnen im Grunde ging. Was sie vor dem schlichten Neoliberalismus voraushaben, bei Blum jedoch, da seine Untersuchung sich auf die Wirtschaft beschränkt, nicht zum Tragen kommt, ist ihr Anknüpfen an den philosophischen ORDO-Gedanken: in der ganzen Welt waltet eine sinnvolle Gesamtordnung; recht verstanden sind die Ordnun-

gen der Einzelbereiche, also auch des staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichs, Ausgliederungen dieser Gesamtordnung, stehen darum in innerem Zusammenhang, sind „interdependent“. Eine freiheitliche Ordnung in Staat und Gesellschaft kann auf die Dauer nicht zusammen bestehen mit unfreier Ordnung der Wirtschaft und umgekehrt; die Ordnungen müssen einander stützen und haben selbst – so dachten Männer wie *Walter Eucken* und *Alexander Rüstow* – ihren letzten Halt im universalen ORDO.

Zählt man *L. v. Mises* und *F. v. Hayek* noch zu den Neoliberalen (*Alexander Rüstow* sah in ihnen ausgesprochene Paläoliberales), dann ist es schwer, den Neoliberalismus zu definieren; sein Abstand von einem Ordoliberalismus, wie *Blum* ihn zeichnet, wird dann allerdings nur um so deutlicher. Nach *Blum* ist der Ordoliberalismus staatsgläubig und staatsfromm; der Neoliberalismus dagegen ist staatskritisch; er glaubt zwar nicht mehr wie der reinblütige Laissez-faire-Liberalismus, den Staat völlig auf die Nachwächterrolle beschränken zu können und im übrigen ganz ohne ihn auszukommen; er braucht ihn noch für einiges mehr, aber es soll doch möglichst wenig sein. Einmütigkeit besteht unter den Neoliberalen über kaum mehr als daß, weil der sich selbst überlassene Wettbewerb zu seiner Selbstaufhebung führt, der Staat ihn nicht sich selbst überlassen darf, sondern ihn an dieser Selbstaufhebung hindern muß. Eine Zeitlang schien auch noch darüber Einmütigkeit zu bestehen, daß etwaige staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess „marktkonform“ sein müssen. Diese Einmütigkeit erwies sich aber als leerer Schein. Jeder, der einen Eingriff vornehmen wollte, bewies dessen Marktkonformität, bis *W. Kromphardt* dem Spuk ein Ende bereitete, indem er das Marktwidrigste, das es geben kann, nämlich physische Kontrollen (Verwendungsgebote und -verbote, Bezugs- und Lieferauflagen usw.) unwiderlegbar als „marktkonform“ erwies: sie setzen zwar die für die Marktwirtschaft wesentliche Signal- und Lenkungsfunktion der Preise außer Kraft und ersetzen sie durch Befehl, aber in die Preis-

bildung greifen sie nicht ein! Seither lockt man mit dem Kriterium „marktkonform“ keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor.

Selbstverständlich sind alle Abgrenzungen und daher nicht nur diejenige zwischen Ordoliberalismus und schlichtem Neoliberalismus wie auch zwischen Neoliberalismus im umfassenden, den Ordoliberalismus einschließenden Sinn, und dem Paläoliberalismus bis zu einem gewissen Grad willkürlich. Sucht man für die letztere Abgrenzung ein eindeutiges Merkmal, so wäre ich bereit, *Alexander Rüstow* zu folgen, der auf den „subtheologischen“ Glauben an die „invisible Hand“ abstellt; der Paläoliberalismus hat diesen Glauben und ist durch ihn vorbelastet; der Neoliberalismus, einschließlich Ordoliberalismus, hat diesen Glauben nicht und ist daher mindestens von dieser Vorbelastung frei.

Und was ist nun die Soziale Marktwirtschaft? Offenbar ist sie weder verwirklichter Ordoliberalismus noch verwirklichter schlichter Neoliberalismus; *Blum* glaubt aber, sie stehe ersterem näher als letzterem; die Nähe bestimmt er nach dem Maß der dem Staat zuerkannten ordnenden Funktionen. Mir würde es richtiger erscheinen, die Nähe oder Ferne zum ORDO-Gedanken zum Maßstab zu nehmen; nur wenig überspitzt könnte man sagen: der Ordoliberalismus ist eine Philosophie, die Soziale Marktwirtschaft ist eine wirtschaftspolitische Programmatik und liegt damit auf der Ebene des schlichten Neoliberalismus. Der Sozialen Marktwirtschaft der ersten Stufe war auch die Interdependenz der Ordnungen noch fremd oder jedenfalls noch nicht reflex bewußt; erst für die zweite Stufe suchte *Müller-Armack* nach der gesellschaftspolitischen Einbettung oder, um den *Röpke*-schen Ausdruck zu gebrauchen, nach dem gesellschaftlichen Widerlager, dessen sie zur Abstützung bedarf. Unter dieser Rücksicht war die erste Stufe bestimmt nicht ordoliberal; die zweite Stufe bewegt sich auf ordoliberales Denken zu.

So wird man urteilen, wenn man auf das abstellt, was *Müller-Armack* als seine Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft vorgelegt hat; etwas anderes ist das, was unter der

Parole „Soziale Marktwirtschaft“ praktiziert worden ist, d. i. die Wirtschaftspolitik des Vereinigten Wirtschaftsgebiets bzw. der BRD vom Leitsatzgesetz 1948 bis zum Sturz der Regierung Erhard sowie das wirtschaftliche Geschehen selbst im gleichen Zeitraum.

Wie bei *Müller-Armack* das Denken nicht stillgestanden und sein Weiterdenken ihn dahin geführt hat, die zweite Stufe der Sozialen Marktwirtschaft zu proklamieren, so hat die wirtschaftspolitische Praxis (an der er selbst einige Jahre hindurch als Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums maßgeblich beteiligt war) in der gleichen Zeit sich noch viel mehr gewandelt. Wenn schon richterliche Urteile keine bloßen Subsumtionen unter abstrakte Rechtsnormen sind, so erschöpft Wirtschaftspolitik sich noch viel weniger in Subsumtionen unter wirtschaftswissenschaftliche Theoreme; die Theorie operiert mit hohen Abstraktionsgraden, die Wirtschaftspolitik hat es mit den konkreten und komplexen Realitäten zu tun. Liegt die wirtschaftspolitische Praxis, wie das heute bei uns der Fall ist, in der Hand wirtschaftswissenschaftlich hochgebildeter Beamter, dann führen die in der Praxis sich stellenden Probleme zu ständiger Überprüfung, Bereicherung, Verfeinerung, aber auch Berichtigung der Theorie. Die Wirtschaftswissenschaft von 1966 (noch mehr heute) ist nicht mehr diejenige von 1949; das gilt auch von der neoliberalen Wirtschaftswissenschaft. Wenn *Karl Schiller* seine Wirtschaftspolitik als „aufgeklärte“ Marktwirtschaft der „naiven“ Marktwirtschaft seiner Vorgänger gegenüberstellt, so ist der von ihm herbeigeführte Umschwung gewiß sehr deutlich, aber der Abbau der Naivität war jedenfalls bei der Exekutive bereits weitgehend vollzogen, nur die politische Führung mußte noch nachziehen. (Die Blumsche Untersuchung endet zeitlich früher; sie führt kaum über 1960 hinaus.)

Um der Studie Blums im Ganzen gerecht zu werden, muß man ihr tieferes Anliegen würdigen, das allerdings erst gegen Ende deutlich wird. In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg sah es so aus oder konnte es mindestens so aussehen, als wolle man den größeren

wirtschaftlichen Erfolg entscheidend sein lassen für die Wahl zwischen dem westlichen und dem östlichen System. Dagegen lehnt sich Blum als Ökonom leidenschaftlich auf, aber nicht nur als Ökonom – und das mit vollem Recht. Selbstverständlich ist es ein Unding, die Überlegenheit einer Weltanschauung oder Lebensauffassung nach ihrem größeren oder geringeren wirtschaftlichen Erfolg zu beurteilen. Sollte eine dem Menschen besser gerecht werdende Wirtschaftsweise den Verzicht auf ein ansonsten mögliches wirtschaftliches Wachstum kosten, so müßte man sich trotzdem für sie entscheiden und das Opfer an wirtschaftlichem Wachstum in Kauf nehmen – wirtschaften wir doch nicht um des Wirtschaftens oder um des wirtschaftlichen Wachstums, sondern immer und ausschließlich um *außerwirtschaftlicher* Ziele willen. Diese außerwirtschaftlichen Ziele sind von zweierlei Art. Meist denkt man nur an diejenigen, die wir mittelst des *Ertrags* unserer Wirtschaft zu erreichen streben (Erhaltung des physischen, Erweiterung und Bereicherung des kulturellen Daseins); nicht minder bedeutsam aber sind diejenigen Ziele, die bereits im menschenwürdigen *Vollzug* der Wirtschaft selbst verwirklicht werden. Unter dieser Rücksicht ist die Frage, *wie* wir wirtschaften, die Gestaltung des menschlichen Einsatzes in der Wirtschaft, von größerem Gewicht als die Frage, wieviel an Ertrag bei dieser Wirtschaftsweise herauspringt.

Zu der Frage, ob und inwieweit die in den Jahren 1948–1966 von uns in der BRD betriebene Wirtschaft und Wirtschaftspolitik wirklich der Parole der Sozialen Marktwirtschaft entsprochen, wie weit das *deutsche* Wirtschaftswunder (auch andere Länder haben ihre Wirtschaftswunder gehabt!) die Überlegenheit des Programms der Sozialen Marktwirtschaft über andere Wirtschaftsweisen erwiesen habe, gibt Blum *kein* abschließendes Urteil ab. Sein Grundanliegen enthebt ihn der Notwendigkeit, dazu Stellung zu nehmen – ja eine solche Stellungnahme erschiene fast als ein Verrat an seinem allerdings erst gegen Ende des Buches deutlich werdenden *ethischen* Grundanliegen. *Oswald v. Nell-Breuning SJ*